

Numerus clausus kein Mittel gegen Numerus clausus

Die gesamten Ausgaben in der Bundesrepublik Deutschland für das Schul- und Bildungswesen, kein Zehntel der sogenannten Verteidigungsausgaben, werden in Europa nur noch von Portugal unterboten. Die Volksschulen, Gymnasien und

Universitäten sind katastrophal überfüllt, bei jedem Übergang zu einer weiterführenden Schule ist ein Engpaß, den man bei der letzten Stufe, den Hochschulen, durch Numerus clausus zu regeln versuchte. Studienrichtungen wie Pharmazie und

Zahnmedizin waren nach dem Kriege nie ohne Zulassungsbeschränkungen. In den 60er Jahren wurden aufgrund der „Aktion 1. Juli“ gegen den Bildungsnotstand die Gymnasien erweitert, um die Zahl der Abiturienten zu steigern. Die Kultus- und Finanzministerien leugneten trotz glaubhafter Kapazitätsberechnungen, daß der Hochschulausbau entsprechend vorangetrieben werden müsse. Die Folge davon war eine katastrophale Überfüllung der Hochschulen mit den damit verbundenen miserablen Studienbedingungen. Inzwischen sind fast alle Studienrichtungen mit Aus-

nahme solcher Fächer, wie Theologie und Indologie, mit Numerus clausus belegt. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf Bildung und freie Berufswahl ist längst zur Farce geworden.

Es sind allerdings inzwischen nicht nur die Studenten, die gegen Zulassungsbeschränkungen angehen. Die Schüler, die direkt Betroffenen, versuchen nun durch spontane Aktionen wie Fernbleiben vom Unterricht, Demonstrationen, Arbeitsgruppen und Diskussionen ihr Recht zu erkämpfen. Schüler kleiner Gymna-

sien auf dem Lande fahren in die Großstädte, um gemeinsame Protestaktionen zu organisieren. Es wurden schon vor längerer Zeit Petitionen an die Kultusministerien geschickt, in denen wirksame Gegenmaßnahmen gegen den Numerus clausus gefordert wurden.

Nach dem jetzigen Vorgehen der Schüler bequeme sich der hessische Kultusminister von Friedeburg zu einer Stellungnahme, in der er die Sorge der Schüler wegen des Numerus clausus teilt und gleichzeitig das organisierte Fernbleiben vom Unterricht für kein geeignetes Gegenmittel hält. Friedeburg teilt außerdem das Unbehagen über das gegenwärtig praktizierte Zulassungsverfahren und will andere Auslesemöglichkeiten prüfen. Damit sind unter anderem eine zusätzliche, zentral gestellte Reifeprüfung und ein bewertetes „Vorsemester“ gemeint: blöder geht es wohl nicht mehr, da steht doch schon wieder – entsprechend dem Vordiplom der Fakultät Elektrotechnik an der THD – im voraus fest, wieviel durchfallen müssen. Gegen derartige geplante Numerus clausi ist allerdings das Bestreiken des Unterrichts eine viel zu schwache Arznei.

darmstädter studentenzeitung

6. Feb. Nr. 110
DM -,40
Studenten DM-,10
I F 2824 E

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt

Der Studiengang Informatik

Falsche Studententaktik im Gründungsausschuß Informatik

Vor anderthalb Jahren wurde vom Bonner Wissenschaftsministerium ein ehrgeiziges Programm gestartet: die Informatik. Angesichts der rapiden Entwicklung der computer sciences in den USA und deren enormer industriellen Verwertbarkeit – „eine Industrie mit Zukunft“ – beschloß man, die deutsche Computer-Industrie mit staatlicher Hilfe aufzupäpeln. Der Bedarf an diplomierten Informatikern wurde auf 1500 pro Jahr festgesetzt. Zum Vergleich: Etwa so viele fertige ET-Diplomingenieure verlassen heute jährlich alle bundesdeutschen Hochschulen.

Wie das so üblich ist, wenn die Industrie die Anlaufinvestitionen für neue Produktionen scheut, hatte Vater Staat Rat parat: Das machen die Hochschulen. 12 Hochschulen und Universitäten, darunter die TH Darmstadt, durften in die Informatik einsteigen. Sie sollen Informatiker ausbilden und in großzügig dimensionierten Instituten Grundlagenforschung machen.

Bei der attraktiven Geldquelle – die Finanzierung erfolgt im Rahmen eines Bund-Länder-Abkommens, wobei Bonn den überwiegenden Teil

und Examen eine studienbegleitende Leistungskontrolle ohne Notengebung, gemischt als Gruppen- und Einzeltests, keine Abschlußprüfung (wer genügend Lehrveranstaltungen mit Erfolg durchlaufen hat, erhält das Diplom);

- bis auf einige Grundlagenfächer in Mathematik, Physik und E-Technik weitgehende Wahlfreiheit der Studienfächer, begleitet von einer ständigen Studienberatung;
- die Anschaffung einer Großrechneranlage mit allen technischen Möglichkeiten;
- die Gründung einer Fakultät für Informatik;
- eine eigene professionelle Verwaltung für diese Fakultät;
- die uneffektive Nebentätigkeit des Kleinkram-Bearbeitens den Professoren bzw. Dekanen abzunehmen;
- bei der Raumbeschaffung Einplanung nicht nur der Räume für das Gruppenstudium, sondern auch von Arbeitsplätzen für die Studenten („Jedem Studenten Arbeitstisch und Spind in der Hochschule“) wie auch von Räumen für die Kollegialorgane der Fakultät, der Fachschaft usw.

Der Senat zeigte sich von dem Reformeifer überrascht, gab dem Memorandum seinen Segen und setzte einen drittelparitätischen besetzten Gründungsausschuß Informatik (GAI) ein. Was bisher unverbindlicher Spaß war, wurde damit Ernst. Die konservativen Ordinarien Piloty, Wedekind und Gaede, von denen zumindest die beiden ersten ganz großes Interesse an der Informatik haben, verzichteten wegen der Drittelparität als konsequente Darmstädter Manifestler zunächst auf die Mitarbeit im GAI und vertrauten auf die Wirkung des kursierenden Spruches: Ohne Piloty und Wedekind geht es einfach nicht.

Der Senat zeigte sich von dem Reformeifer überrascht, gab dem Memorandum seinen Segen und setzte einen drittelparitätischen besetzten Gründungsausschuß Informatik (GAI) ein. Was bisher unverbindlicher Spaß war, wurde damit Ernst. Die konservativen Ordinarien Piloty, Wedekind und Gaede, von denen zumindest die beiden ersten ganz großes Interesse an der Informatik haben, verzichteten wegen der Drittelparität als konsequente Darmstädter Manifestler zunächst auf die Mitarbeit im GAI und vertrauten auf die Wirkung des kursierenden Spruches: Ohne Piloty und Wedekind geht es einfach nicht.

Statt Ordinarien Koordinatoren

Die GAI-Assistenten glaubten den Spruch und richteten den Ordinarien mit studentischer Hilfe ein Veto im GAI ein, worauf diese solange mitarbeiteten, bis der von den studentischen GAI-Mitgliedern zu Hilfe gerufene Senat das Veto wieder strich. Die Assistenten ließen in einer Harmonisierungshysterie nichts unversucht, die Ordinarien und Studenten an einen Tisch zu bringen, knobelten immer verrücktere Paritäten aus, wechselten sogar ihre Vertreter auf Wunsch der Ordinarien aus und fielen immer wieder den Studenten in den Rücken. Die GAI-Studenten mauschten kräftig mit – siehe die kuriose Veto-Geschichte – und fielen immer wieder herein. Da der GAI außer Geschäftsord-

nungsquerelen nichts produzierte, schaltete sich das Direktorium, vor allem Beck, ein und stellte sich als Ordinarienersatz für die diversen Verhandlungen in Bonn und Wiesbaden vorsorglich zur Verfügung. Soweit war es allerdings noch nicht. Immerhin beruhigte sich die Stimmung im Rumpf-GAI soweit, daß er mit seiner eigentlichen Arbeit, der Gründungsvorbereitung für eine neue Fakultät, begann.

Einige Studenten und Assistenten hatten schließlich die Idee, zwei fulltime-Koordinatoren anzuheuern, die im Auftrag des GAI Informationen sammeln, Verhandlungen führen und die Arbeit erledigen, für die die ehrenamtlichen GAI-Mitglieder keine Zeit finden. Die Koordinatoren sollen gut bezahlt werden – Zeitvertrag in Anlehnung an die Regelbezüge eines Ordinarius – und die Verwaltung für die Informatik schnell ankurbeln.

Einer der beiden soll Computer-Fachmann sein und aus der Industrie kommen, der andere soll ein hochschulpolitisch versierter Organisator sein und kann aus der Hochschule kommen; beide sind gleichberechtigt. Der Verwaltungsrat hat die Stellen für die Koordinatoren, Sekretärinnen, Amtsboten und die Räume bereits beantragt; sobald Wiesbaden grünes Licht gibt, werden die Koordinatorenstellen ausgeschrieben.

Die ersten Mittel und Stellen für Lehrer und Forscher – Professoren, Lehrassistenten und Forschungsassistenten – sind ebenfalls vom Verwaltungsrat beantragt. Über die Besetzung der Berufungsausschüsse für Informatik-Professoren war es bereits im Senat zu heftigen Kontroversen gekommen, als die Senats-

Fortsetzung Seite 6

Verweigerung des AstA-Beitrags

Der Hessische Kultusminister hat seinen Erlaß vom 8. 10. 1969 zurückgenommen, in dem die Kanzler der vier Hessischen Hochschulen verpflichtet wurden, nur solche Studenten rückmelden zu lassen, die ihre AstA- und Sozialbeiträge gezahlt hatten. Dieser Erlaß war wegen der zur Rückmeldung vorbereiteten Gebührenrechnungen nicht durchführbar. Inzwischen sind die Rektoren durch einen neuen Erlaß aufgefordert worden, die Beitragsverweigerer aus der Liste der Studenten zu streichen.

Diese Maßnahme ist zulässig, da zwar nach der „Gebührenordnung für die Studierenden“ eine Beitreibung der Beiträge nicht möglich ist, andererseits aber nach § 19 Absatz 3 der „Allgemeinen Vorschriften für



Zweite Hochschule in Darmstadt

Am 16. Dezember 1969 legte der hessische Kultusminister von Friedeburg den Entwurf für ein Hessisches Fachhochschulgesetz vor. Zusammen mit dem Hochschul-, Universitäts- und Kunsthochschulgesetzentwurf soll es noch in diesem Jahr vom Landtag verabschiedet werden. Diese Gesetze sollen langfristig dazu dienen, eine integrierte Gesamthochschule vorzubereiten.

Das Hochschulgesetz enthält allgemeine Bestimmungen, die für den gesamten Hochschulbereich – also

Universitäten, Kunst- und Fachhochschulen – gelten sollen. Es bestimmt die Aufgaben der einzelnen Hochschulteilteile, regelt deren Zusammenarbeit, sagt aus, wie sich die Gesamthochschule entwickeln soll und enthält die Bestimmungen über die Studentenschaft aller Hochschulbereiche. Die übrigen drei Gesetzentwürfe enthalten die Bestimmungen für die einzelnen Hochschulbereiche. Diese Vorschriften weichen sehr stark voneinander ab. Das als dritter Entwurf vorgelegte Fachhochschulgesetz sieht vor, daß in Darmstadt, Frankfurt, Gießen und Kassel Fachhochschulen (FHS) errichtet werden.

Die Fachhochschule Darmstadt soll folgende Fachbereiche erhalten: Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinenwesen, Elektrotechnik, Mathematik und Datenverarbeitung, Naturwissenschaften, Sozial-, Rechts- und Kultwissenschaften, Sozialpädagogik und Pädagogik (musisch-technischer Bereich).

In der Fachhochschule sollen die Staatliche Ingenieurschule für Bauwesen, Chemie und Maschinenwesen, das Pädagogische Fachinstitut Jugendheim und die Staatliche Höhere Fachschule für Sozialpädagogik aufgehen.

Die gemeinsamen Ausschüsse von Fachhochschulen und Universitäten (in Darmstadt Fachhochschule und Technische Hochschule) wirken bei

Fortsetzung Seite 2

EXCLUSIV TOBACCO
kostenlos probieren!
„Kleine Tabakbar“ mit sechs Pfeifenfüllungen kommt gratis zu Ihnen.
Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV TOBACCO
83 Landslut, Postfach 568 b

der Anlaufkosten trägt – zierte sich die THD nicht groß. Der Senat bildete eine Kommission, die Darmstadts Möglichkeiten, Fähigkeiten und Wünsche abgrenzen sollte. Nachdem der Versuch einiger konservativer Ordinarien, die Informatik nach hergebrachten Mustern im Hauruckverfahren zu installieren, von den studentischen Kommissionsmitgliedern verhindert worden war, wurde ein vorwiegend auf studentischen Vorstellungen beruhendes Memorandum zur Einführung der Informatik erarbeitet, das einige Reformen im Studienbetrieb und in der Organisation als zwingend für die Einrichtung dieses Wissenschaftsbezereiches vorschlag:

- konsequente Abkehr von den traditionellen Lehrveranstaltungen (Großvorlesungen, Massenbetrieb in Übungen und Praktika), stattdessen Studium in kleinen Gruppen;
- statt der üblichen Prüfungen und

Fortsetzung: Zweite Hochschule

den folgenden Angelegenheiten mit: Übergang der Studenten von einer Hochschule zur anderen, Studienordnungen, Studienprogramme, Ordnungen der Hochschulprüfungen und Berufung der Fachhochschullehrer. Diese Ausschüsse haben die Aufgabe, Studium und Lehre von Universität und Fachhochschule aufeinander abzustimmen. Die Fachhochschulen erhalten keinen generellen Forschungsauftrag, wie ihn die Universität haben (Einheit von Forschung und Lehre). Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Forschungs- und Entwicklungsaufgaben nur wahrgenommen werden können, wenn der „Bildungsauftrag der FHS gefördert“ und ihr „Lehrauftrag nicht beeinträchtigt“ wird. Der Bildungsauftrag sagt aus, daß eine auf Erkenntnissen der wissenschaftlichen Forschung beruhende Bildung, die zu selbständiger und verantwortlicher Tätigkeit im Beruf befähigt, vermittelt werden soll. Die Fachhochschulen sind im Gegensatz zur Universität keine Körperschaften des öffentlichen Rechts. Im Gesetzentwurf heißt es ziemlich unklar, daß die Rechte und Pflichten einer Körperschaft wahrgenommen werden können. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß sich die FHS eine Satzung geben. In dieser Satzung werden die Fachhochschulen kaum eigene Ideen verwirklichen können, denn das Gesetz

schreibt Strukturen, Aufgaben und Besetzung der einzelnen Organe peinlich genau vor. Die FHS wird durch einen Rektor, der auf 6 Jahre gewählt wird, einen Prorektor und einen Verwaltungsdirektor geleitet. Die Stellung des Rektors ist ähnlich stark wie die des Präsidenten in der Universität, denn er kann rechts- oder sachwidrige Beschlüsse der Fachhochschulorgane aussetzen und auf Abhilfe drängen. Das Kultusministerium entscheidet dann beim Nichtzustandekommen einer Einigung. Der Rektor wird in allen Organisations- und Strukturfragen vom Rat der FHS beraten. Bindende Weisungen kann der Rat nicht erteilen. Der Konvent beschließt über die grundsätzlichen Angelegenheiten der FHS. Er wählt den Rektor und den Prorektor, beschließt über die Satzung, entscheidet über einen Numerus clausus und über Fragen der Hochschulreform, nimmt den Rechenschaftsbericht des Rektors entgegen und berät über den Entwurf des Haushaltsvoranschlags. Die Fachbereiche „pflegen die angewandten Wissenschaften“ und sind für die Ausbildung der Studenten verantwortlich. Sie sorgen dafür, daß die Studenten die in den Prüfungsordnungen vorgesehenen Studienzeiten einhalten. Die Zusammensetzung der Organe ist einheitlich geregelt. Der Lehr-

körper (Fachhochschullehrer, Fachhochschuldozenten, sonstige haupt- und nebenamtliche Lehrer) besetzen $\frac{2}{3}$ der Sitze, die Studenten erhalten $\frac{1}{3}$ der Sitze. Diese „Drittelparität“ kann mit der an der Hochschule nicht verglichen werden, da an der FHS die Gruppe der Assistenten nicht vorhanden ist.

der FHS erforderlich ist“. Die Studienzeit (sechs Semester) gliedert sich in Studienjahre, Grund- und Hauptstudium. Studenten, die eine Zwischenprüfung mit einem guten Ergebnis abgelegt haben, können an der Universität weiterstudieren. Das gilt auch für Studenten, die schon die allgemeine Hochschulreife haben

wechsellern, wenn sie die Zwischenprüfung an der Fachhochschule bestanden haben. Besonders stark wenden sich die Ingenieurschulstudenten gegen die Aufteilung des Studiums in Grund- und Fachstudium mit einer Zwischenprüfung. Diese Aufteilung würde nur dazu dienen, die Fachhochschulstudenten für drei Semester von der Universität auszuschließen. Eine inhaltliche Trennung in Grund- und Fachstudium sei nicht gerechtfertigt. Gefordert wird ein fließender Übergang zur Universität, der jederzeit auf der Grundlage von erbrachten Studienleistungen möglich sei muß. Die innere Struktur der Fachhochschulen im Entwurf des Kultusministers wird in mehreren Punkten kritisiert:

- Die Gleichheit in der Rechtsstellung mit den Universitäten ist nicht vorgesehen. Die Struktur der Selbstverwaltung weicht stark von der der Universität ab. Eine Integration in eine Gesamthochschule wird dadurch unnötig erschwert.
- Die Stellung des Rektors läßt eine wirkungsvolle Kontrolle durch Konvent und Fachbereiche nicht zu.
- Die Beteiligung der Studenten mit einem Drittel (Lehrkörper zwei Drittel) in den Selbstverwaltungsorganen scheint nur für eine Übergangsregelung sinnvoll, solange, bis eine neue Personalstruktur gefunden ist.
- Private Fachhochschulen werden abgelehnt.
- Die Abschaffung der Studentenschaft in dem vorgesehenen Hochschulgesetz wird den geschlossenen Widerstand aller Studentenschaften hervorrufen.



Klassenunterricht . . .

Für Rat und Fachbereichskonferenzen ist keine Öffentlichkeit vorgesehen. Nur der Konvent tagt für die FHS-Angehörigen öffentlich. Mit einfacher Mehrheit kann diese Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Zugelassen zum Studium an der FHS wird, wer die Hochschulreife, eine fachgebundene Hochschulreife oder die Fachhochschulreife besitzt. Ein Numerus clausus wird von der FHS erlassen, soweit dies „mit Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit

und ihr Studium an einer FHS begonnen haben. Wer die Abschlußprüfung an einer FHS bestanden hat, ist berechtigt, an einer Hochschule (sprich Universität) weiterzustudieren. Teile des FHS-Studiums können auf diese Studienzeit angerechnet werden. Die interessierten Verbände, Dozenten und Studenten der Ingenieur- und Höheren Fachschulen wurden vom Kultusminister aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben.

Studenten und Dozenten kritisieren Friedeburgentwurf

Der Landesverband Hessen des Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen (SVI-LVH) weist in seiner Kritik zum Entwurf eines Fachhochschulgesetzes darauf hin, daß erst durch die Protestaktionen der Ingenieurschulstudenten eine intensive Diskussion über die Funktion der Ingenieurschulen und deren zukünftige Stellung im tertiären Bereich des Bildungswesens begann. In der grundsätzlichen Kritik an der bisherigen Ausbildung an den Ingenieurschulen wird festgestellt, daß sie nicht mehr den Ansprüchen einer demokratischen und hochtechnisierten Gesellschaft entspricht. Verurteilt werden die starren Berufsbilder des Ingenieurs, die straffe Reglementierung des Studiums, der Lehrinhalte und Lehrmethoden, die es den Ingenieurschulabsolventen nicht ermöglichen, sich an die ständig veränderten Anforderungen der Technik und der Gesellschaft anzupassen. Durch diesen Zustand und die geringen sozialen Leistungen für die Studenten im Vergleich zur Universität seien vor allem die sozial schlechter gestellten Schichten betroffen. Der vom Kultusminister von Friedeburg vorgelegte Fachhochschulgesetzentwurf wird vom Landesverbandsvorsitzenden des SVI, Bernd Riege, an vier Kriterien gemessen:

versitäten auf Kosten der Fachhochschulen entlastet werden und dann wieder die unteren Bevölkerungsschichten betroffen sind, scheint unvermeidlich. Wenig durchdacht die Neuregelungen der Eingangsvoraussetzungen für den gesamten Hochschulbereich und die Konzeption einer Gesamthochschule im vorgelegten Fachhochschulgesetzentwurf sind, zeigt sich bei der Zulassung der Bewerber mit allgemeiner Hochschulreife. Ihnen wird die Befähigung zum Studium an den Universitäten nach der Hälfte des Fachhochschulstudiums nochmals ausgesprochen; d. h. sie dürfen zur Universität erst über-

Eine detaillierte Stellungnahme zum Entwurf eines Fachhochschulgesetzes des Kultusministeriums wollen die Ingenieurschulstudenten als Petition dem Landtag vorlegen. Die Dozenten der Ingenieurschulen stimmen in ihrer Kritik an dem Entwurf v. Friedeburgs in den wesentlichen Punkten mit den Ingenieurschulstudenten überein. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Vorstellungen des Kultusministeriums zur Neuordnung der Struktur des Lehrkörpers, die nicht garantiert, daß alle Dozenten auch Fachhochschullehrer werden. Die hessischen Ingenieurschuldozenten wollen erreichen, daß mit dem Anheben der Ingenieurschule zur Fachhochschule auch ihre Stellung automatisch angehoben wird.



. . . als Seminar bezeichnet

Ingenieurschul-„Reform“

Neben dem Entwurf für ein Fachhochschulgesetz, das die gesetzliche Grundlage für die zukünftige Umwandlung der Ingenieurschule bildet, veröffentlichte das Kultusministerium seine Vorstellungen zur sofortigen Studienreform an den Ingenieurschulen. Dieser Entwurf soll eine Reform der Bildungsprozesse unter Berücksichtigung bildungs- und gesellschafts-

politisch relevanter Gesichtspunkte einleiten. Kultusminister von Friedeburg geht von Grundsätzen aus, die nur begrüßt werden können:

- Bedeutend größere Freizügigkeit beim Studium
- Erhebliche Veränderung der Lehrinhalte

Fortsetzung auf Seite 6

Gemeinsame Sprache

Die sich abzeichnende Entwicklung zur Gesamthochschule aus Ingenieurschulen, höheren Fachschulen und wissenschaftlichen Hochschulen muß begrüßt werden. Die Struktur des geplanten Systems — dokumentiert durch Hochschule, Universitäts- und Fachhochschulgesetzentwürfe der Landesregierung — läßt jedoch eine Entwicklung erkennen, mit der eine Studentenschaft, die sich an einem emanzipativen Wissenschaftsverständnis orientiert, nicht einverstanden sein kann. Die Trennung in wissenschaftliche Hochschulen und Fachhochschulen besteht nicht nur in der Organisation, sondern auch im Inhalt. Die historische Aufspaltung in wissenschaftliche Bildung und berufsbezogene Ausbildung bleibt erhalten, obwohl es sich gezeigt hat, daß Produktion, Vermittlung und Anwendung von Wissenschaft eng miteinander verbunden sind. Deshalb ist eine Trennung in zwei Hochschulsysteme mit unterschiedlichem Auftrag abzulehnen. Die gegenüber dem heutigen Zustand verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Hochschulen wird dazu führen, daß der Weg in der Regel von der Universität zur Fachhochschule geht: für die Studenten, die aus der Universität herausgeprüft worden sind. Mit diesem verdeckten Numerus clausus soll die Überfüllung der Universitäten abgewendet werden. Nur durch einen gemeinsamen Kampf von Ingenieurschul- und TH-Studenten können die technokratischen Vorschläge der

hessischen Kultusbürokratie verhindert oder wenigstens abgeschwächt werden. Deshalb muß die Zusammenarbeit zwischen den Studentenschaften der Darmstädter Ingenieur- und Höheren Fachschulen mit der Studentenschaft der TH entschieden intensiviert werden. Erfolgreiche Aktionen lassen sich nur durchführen, wenn eine einheitliche Auffassung über die anzustrebende Gesamthochschule vorhanden ist. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich die Ingenieurschul- und TH-Studenten gegenseitig über ihr Hochschulsystem und ihre Reformvorstellungen informieren. Eine gemeinsame Sprache zu finden, wird dann noch schwierig sein, da die Studentenschaften sich aus sehr verschiedenen gesellschaftlichen Schichten rekrutieren und auch deshalb noch viele Vorurteile abzubauen sind. Studentenschaften und ASten der Darmstädter Ingenieurschulen und der Technischen Hochschule haben bisher wenig unternommen, um die gegenseitige Information und Kommunikation zu verbessern. Die Kräfte, die ihre alten Privilegien behalten wollen und für eine technokratische Hochschulreform eintreten, können sich freuen, daß es in Darmstadt weder zur Erarbeitung von gemeinsamen Konzepten zur Gesamthochschule noch zu einem geschlossenen politischen Vorgehen der Studentenschaften gegen die Hochschul-, Universitäts- und Fachhochschulgesetzentwürfe des Hessischen Kultusministeriums gekommen ist.

Studierende nach Stellung des Vaters

EIN VERGLEICH DER STAATL. INGENIEURSCHULE FÜR MASCHINENBAU UND ELEKTROTECHNIK IN DARMSTADT MIT DEN WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN IN DER BUNDESREPUBLIK

Stellung im Erwerbsleben	Anteil von Studierenden nach der Stellung des Vaters (in %)		Anteil der männl. Erwerbspersonen (in %)
	ING.SCHULE 69/70	HOCHSCH. 1965 *)	
Selbständige	6	30,2	14,6
Angestellte	36	30,3	21,0
Akademiker u. Pensionäre		35,4	3,6
Beamte u. Rentner	11	32,1	6,9
Arbeiter	41	5,3	55,4
Sonstige	1	-	-
ohne Angabe od. Vater verstorben	5	-	-

*) Ergibt nicht 100 %, z.B. da Akademiker Beamte, Angestellte usw. sein können.

Hochschulbau in Hessen

Wie man baut, wie man bauen sollte

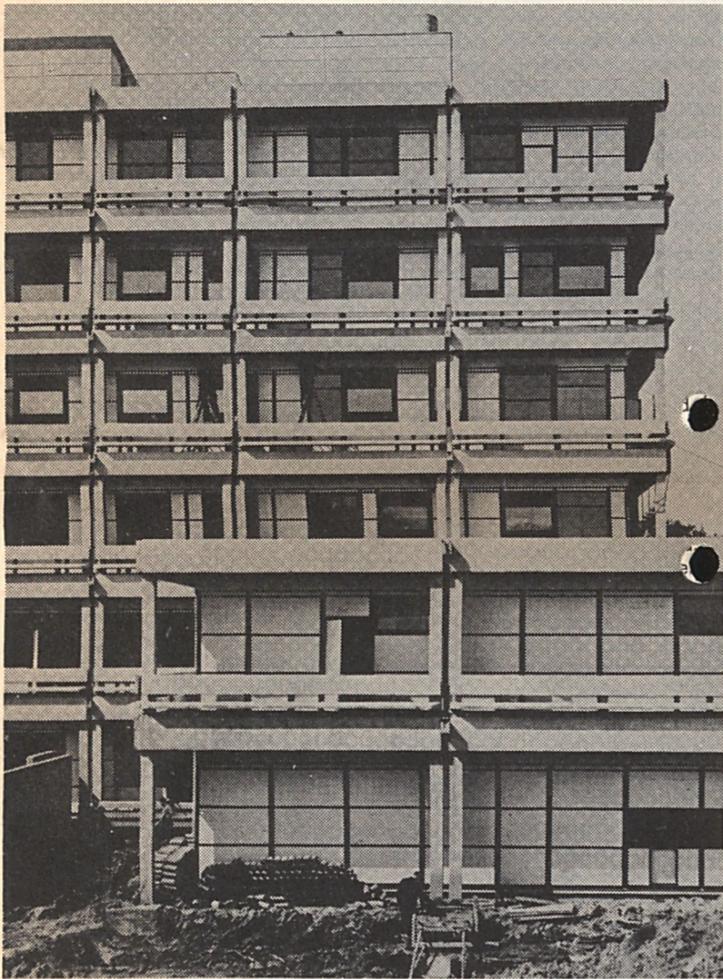
Wie es im Moment aussieht, wird das Hochschulbauförderungsgesetz in diesem Jahr endlich die Möglichkeit schaffen, den seit langem überfälligen Ausbau der Hochschulen wenigstens zu beginnen. Spätestens jetzt muß also entschieden werden, wie die Hochschulen von morgen aussehen sollen.

Um in Erfahrung zu bringen, welche Fortschritte im Hochschulbau erzielt worden sind, ob diese Fortschritte bei den Neubauten berücksichtigt werden und insbesondere wie sie in Darmstadt berücksichtigt werden, sind wir in die Neubaugebiete der Universitäten Marburg und Gießen gefahren und haben uns von den zuständigen Universitätsbauämtern ihre Konzeptionen erklären lassen.

Marburger System

Die Planungs- und Entwicklungsgruppe des Marburger Universitätsneubauamtes ging den mit Abstand konsequentesten Weg. Ihr System, dessen Grundlagen von Anfang 1961 bis Ende 1962 erarbeitet wurden, geht von einer amorphen Struktur aus. Ihr Ziel war es, eine größtmögliche Variabilität (Möglichkeit, die Raumanordnung zu verändern) und Flexibilität (Möglichkeit der Veränderung der Installationen) zu er-

nimmt die horizontalen Schubkräfte auf. Außerdem befinden sich in ihm die Hauptversorgungs- und Abfließleitungen für alle Stockwerke und ständige Einrichtungen wie Fahrstühle, Toiletten usw. Von den senkrechten Hauptversorgungsleitungen im Kern werden die Versorgungsleitungen für die einzelnen Stockwerke horizontal weggeführt. Die Wände für innen und außen sind elementiert; das heißt, sie werden



Marburger System

reichen. 1964 wurden zunächst 2 Versuchsgebäude errichtet; eines davon bezog das Universitätsneubauamt. Das dem Rohbau zugrunde liegende statische Prinzip ist denkbar einfach. Kurz kann man es so beschreiben: es werden quadratische „Tische“ mit einer Kantenlänge von 7,20 m aneinandergesetzt. Diese „Tische“ können auf ein Fundament in beliebiger Anordnung nebeneinander und übereinander bis zu 8 Stockwerken, jeweils Säule auf Säule, gestellt werden. Zur Errichtung des Rohbaues benötigen die Marburger ca. 30 bis 40 verschiedene Normteile. Sie werden in einer Feldfabrik in der Nähe des Neubaugebietes hergestellt. Ein Ortbetonkern, der normalerweise in der Mitte des Gebäudes steht,

aus einer Reihe von Fertigteilen zusammengesetzt, die über- und nebeneinander befestigt werden. Dadurch, daß die Wände keine tragende Funktion haben und daß sie in Einzelteile zerlegbar sind, können an beinahe jeder beliebigen Stelle Fenster- oder Türteile eingesetzt werden. Der Innenausbau erfolgt auf einem Bandraster, dem ein quadratisches Raster von 60 cm Seitenlänge zugrunde liegt. Damit wird den Entwicklungen in der internationalen Industrie und den Empfehlungen der OECD (Organisationen für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Rechnung getragen. Rohbau- und Ausbauraster liegen so übereinander, daß Ausbau- und Rohbau nicht kollidieren können.

Gießener System

Das Gießener Universitätsbauamt entwickelte von 1962 bis Ende 1964 ein eigenes System, dessen Grundidee es war, Laborräume mit möglichst flexibler Installation zu schaffen. Das statische Prinzip ist das der Großtafelbauweise, das heißt, die Außenwände sind tragend. Auf ihnen und auf dem Ortbetonkern liegt die Decke. Die Außenwände und die Deckenplatten werden als Fertigteile

aus Fabriken geliefert. Die schwersten dieser Teile haben ein Gewicht von 9 t. Um die Installation in den Laborräumen so einfach wie möglich zu gestalten, werden in der Längsachse alle 3,12 m Installationsschächte aus Fertigteilen montiert. An die Schächte können die Labortische sehr einfach angeschlossen werden. Die Räume werden durch verfu-

Gipswände voneinander abgetrennt; sie sind nicht tragend und nicht zerstörungsfrei versetzbar. Dem ganzen Gebäude liegt ein Grundraster von 62,5 cm zugrunde (Oktametrisches System von Neufert, Darmstadt). Eine Musterachse, das heißt ein Laborraum, wurde zunächst errichtet und von einer Reihe ver-

Darmstädter System

Bei der Entwicklung des Darmstädter Systems (von Ende 1963 bis 1965) standen ähnliche Gedanken wie in Marburg im Vordergrund. Davon ausgehend entwickelte man unter Zeitdruck, da möglichst bald gebaut werden sollte, ein statisches System, das wie das Gießener auf einem Raster von 7,50 m aufbaut. In die Eckpunkte des Rasters wird jeweils eine Säule gesetzt. Über die Säulen werden U-förmige Unterzüge gelegt, die die Deckenplatten tragen. Die horizontalen Schubkräfte werden durch einen Ortbetonkern aufgefangen, an den sich die Gebäudeteile lehnen. Von ihm ausgehen wie in Marburg die Versorgungsleitungen horizontal in die einzelnen Stockwerke. Auch beim Darmstädter System besteht die Möglichkeit, die Räume durch vorgefertigte Wandteile, die zerstörungsfrei versetzbar sind, abzutrennen. Bei den bisherigen Bauten wurde davon jedoch selten Gebrauch gemacht, da Kalksandsteinwände nur etwa 1/3 so viel wie variable Wände kosten. Man geht von der Annahme aus, daß die Wände, wenn überhaupt, nur in großen Zeitabständen versetzt werden. Die Richtigkeit dieser Annahme muß bezweifelt werden. Wenn bisher die Wände wenig umgestellt wurden, liegt das gewiß daran, daß es ohne Zerstörung und Schmutz nicht möglich war. Zweifellos ist es nicht nötig, alle Wände aus versetzbaren Fertigteilen zu bauen. Denn der Platzbedarf in Büroräumen und Dozentenzimmern wird sich auch über längere Zeit kaum ändern. Aber es gibt viele Räume für Arbeitsgebiete, deren Entwicklungen man nicht im voraus durch verhältnismäßig starre Raumaufteilung verhindern sollte. Da die Unterzüge beim Darmstädter System im ganzen Gebäude in einer Richtung verlaufen und sie für die Installation nur verhältnismäßig kleine Löcher aufweisen, bietet es sich bei Kreuzbauten, wie sie z. B. bei den Mehrzweckgebäuden auf dem Arheilger Parkplatz vorgesehen sind, an, Laborräume in die Flügel in Längsrichtung der Unterzüge zu legen. In die quer dazu liegenden Flügel können dann Büro- und Arbeitsräume gelegt werden, für die wenige Installationen ausreichen. Wie das Gießener braucht auch das Darmstädter System nur drei Grundfertigteile.

Für die im Bau befindliche Chemie wurde das Grundraster auf 60 cm Seitenlänge verkürzt (wie Marburger System), weil die Laboreinrichtungen für chemische Institute in den diesem Raster entsprechenden Größen geliefert werden. Außerdem mußte das System für die Chemiegebäude auch deshalb geändert werden, weil das Anbringen der vorgeschriebenen Fluchtbalkone beim ursprünglichen System Schwierigkeiten machte. Nachdem es für die Chemie erforderlich war, das Grundraster auf das international gebräuchliche zu ändern, sollten auch alle folgenden Bauten in diesem Maßsystem er-

richteter werden. Denn einerseits werden auch die Laboreinrichtungen für andere Fachrichtungen hauptsächlich in diesen Maßen hergestellt, andererseits erhielt man sich so die Möglichkeit des problemlosen Austauschens der Einrichtungsgegenstände.

Heute kennen wir weder die Gesamtstudentenzahlen der kommenden Jahrzehnte noch die Entwicklung der Anzahl der Studenten in den verschiedenen Fachbereichen. Wir kennen erst recht nicht die Besucherzahlen einzelner Lehrveranstaltungen. Wir wissen nicht, wann man endlich an den Hochschulen zu effektiveren Lehrmethoden übergehen wird. Deshalb müssen wir von den neuen Hochschulbauten fordern, daß sie allen denkbaren Entwicklungen angepaßt werden können. Diese Überlegungen führten uns zum Hauptkriterium unserer Beurteilung: Hochschulbauten müssen so konstruiert werden, daß auch nach ihrer Fertigstellung die Raumaufteilung jederzeit verändert werden kann, und daß Räume später noch mit neuen Versorgungsleitungen versehen werden können, beides mit möglichst geringem Aufwand an Arbeitszeit und Geld.

Darmstädter System

richteter werden. Denn einerseits werden auch die Laboreinrichtungen für andere Fachrichtungen hauptsächlich in diesen Maßen hergestellt, andererseits erhielt man sich so die Möglichkeit des problemlosen Austauschens der Einrichtungsgegenstände.

Hörsaalbauten

Sowohl in Marburg, Gießen als auch in Darmstadt werden noch Hörsaalgebäude für die herkömmliche Lehrform mit Vorlesung und Übung gebaut. Zwar macht man sich einige Gedanken über neue Methoden, unter anderem auch deshalb, weil Hörsäle nicht in den sonst verwendeten Systemen erstellt werden können. Den Beschluß, vom Hörsaalbau gänzlich abzukommen, können aber nicht die Bauämter treffen, sondern

er muß von den Hochschulen durch eine Änderung der Unterrichtsform eingeleitet werden. Da abzusehen ist, daß man über kurz oder lang von Großvorlesungen abkommen wird, sollten die Bauämter bestrebt sein, Hörsäle so zu bauen, daß sie mit möglichst geringem Aufwand durch Einziehen von Zwischendecken in Institutsräume umgewandelt werden können.

Vorteile, Nachteile

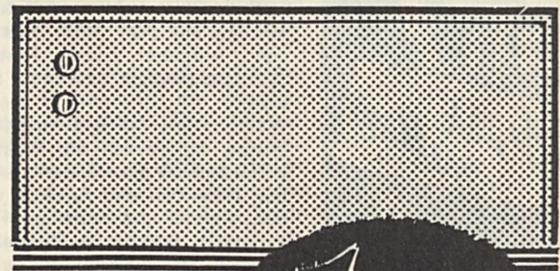
Das Marburger System besteht dadurch, daß es bis ins letzte Detail durchdacht ist. Sämtliche Ausstattungsgegenstände für die Räume fügen sich in Größe und Aussehen gut ein. Allerdings kann man sich vorstellen, daß die Architektur etwas langweilig wirkt, wenn sehr viele Gebäude in diesem System nebeneinander stehen. Das sagt aber nichts gegen die hervorragende Funktionalität des Systems. Das Gießener System ist von seiner Entwicklung her hauptsächlich auf den Bau von Laborräumen ausge-

richtet. Für diesen Zweck sind die Versorgungsvorrichtungen sehr gut geeignet. Die Variabilität der Räume ist jedoch in großem Maße eingeschränkt. Deshalb hat das Gießener Bauamt von vornherein keine zerstörungsfrei versetzbaren Wände eingebaut, sondern solche aus Gipsplatten, die wesentlich billiger sind. Wenn man das Gießener System auf andere als Laborgebäude übertragen will, treten Schwierigkeiten auf, die neue Konstruktionen erfordern. Auch die in diesem System errichtete

Fortsetzung nächste Seite

LABORTECHNIK DARMSTADT

Fachgeschäft für Laboratoriumsbedarf Apparate und Geräte für Wissenschaft und Technik, Glasbläserei Darmstadt Lauteschlagerstraße 3 · Telefon 71030



behalich
warm
und sooo
bequem



hat man's mit der modernen

Elektro-Speicher-Heizung

Die Aufladung der Geräte erfolgt mit verbilligtem Strom nachts und auch am Tage. Die Wärme wird im Kern gespeichert und je nach Bedarf entnommen. Das alles geschieht vollkommen automatisch.



HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG

Fortsetzung: Hochschulbau in Hessen

ten Gebäude wirken recht eintönig. Das Darmstädter System versucht die wesentlichen Vorteile des Marburger und Gießener Systems zu vereinigen, führt sie aber nicht konsequent genug durch. In der Architektur allerdings bietet es mehr Möglichkeiten als die beiden anderen, die bei zukünftigen Gebäuden ausgespielt werden sollen. Die anzustrebende Variabilität wird durch

Papier- und Zeichenwaren
Spezialgeschäft für Hochschulbedarf
Karl Weiss
Lauteschlägerstraße 6
direkt an der Hochschule
Telefon 73412
Durchgehend geöffnet von 8-18 Uhr

das Einziehen von gemauerten Wänden stark eingeschränkt. Über die Installationsmöglichkeiten wurde oben schon gesprochen.

Weil das Darmstädter System unter Zeitdruck entwickelt wurde, ist es bei weitem noch nicht so ausgereift, wie das Marburger. Es wäre besser gewesen, hätte man die ersten Gebäude zunächst in einem anderen System errichtet und das eigene in

Ruhe zu Ende entwickelt.

Kostenmäßig ist das Gießener System das günstigste, zumindest solange es auf den Laborbau beschränkt bleibt. Das Marburger ist am teuersten; in diesem Preis sind aber im Gegensatz zu den anderen variable Wände enthalten.

Die Hochschulbauämter sollten also überlegen, ob sie für bestimmte Bauten die Systeme aus den benachbarten Städten übernehmen. Bei entsprechender Abstimmung könnte dies auch eine Belebung und Verschönerung der Architektur bewirken.

Koordination

Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulbauämtern sowohl in Hessen als auch erst recht im Bundesgebiet war zunächst weitgehend auf private, freundschaftliche Kontakte beschränkt. Seit einigen Jahren bestehen jedoch Arbeitskreise auf Bundesebene, die eine Koordination fördern sollen. Außerdem sammelt das Zentralarchiv für Hochschulbau (Stuttgart) die wesentlichen Daten der einzelnen Bausysteme und vermittelt sie weiter.

In diesem Zusammenhang stellt sich

die Frage, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, zumindest in den hessischen Universitätsstädten Darmstadt, Gießen und Marburg nach einem System zu bauen. Diese Frage stand am Anfang der 60er Jahre zur Diskussion. Man entschied sich aber dann dafür, jedes Universitäts- und Hochschulbauamt zunächst sein eigenes System entwickeln zu lassen. Dadurch wurde eine Konkurrenzsituation geschaffen, die sich auf die Entwicklungen nicht negativ ausgewirkt hat. Außerdem erwies sich, daß durch Produktion der Fertigteile in höheren Serien deren Preise nicht unter ein Minimum hätten gesenkt werden können. Es wäre aber jetzt an der Zeit, daß sich Kultusministerium und Finanzministerium Gedanken machten, ob jede Hochschule alles in ihrem eigenen System bauen soll oder ob man die Systeme für bestimmte Gebäude untereinander austauscht.



Gießener System

Von ad-hoc zu ad-hoc

Hochschulausbau nach dem Krieg / Nachtweide nur drittbeste Lösung

Vor dem zweiten Weltkrieg verfügte die Technische Hochschule Darmstadt über eine Nettonutzfläche von 54 500 qm, bei etwa 2000 Studenten. Als die RAF-Bomber nach dem Großangriff im September 1944 wie-

der abdrehten, hatten sie ganze Arbeit geleistet: in der Hochschule lag — abgesehen von Teilen des Hauptgebäudes und der gegenüberliegenden Institute — kein Stein mehr auf dem anderen. Gerade 12 000 qm konnten nach einigen Aufräumungsarbeiten wieder nutzbar gemacht werden.

Im Jahre 1948 installierte die Hessische Staatsbauverwaltung, eine Dienststelle des Hessischen Finanzministeriums, in Darmstadt ein „Staatliches Hochschulbauamt“, um den Wiederaufbau besser voranzubringen zu können. Planungsziel waren damals 86 000 qm für 4000 Studenten. Diese Studentenzahl wurde, lange bevor der Raum erstellt war, schon überschritten. Bereits 1953 wurde das Raumprogramm auf 100 000 qm Nettonutzfläche aufgestockt. Denn natürlich ging der Aufbau langsamer vonstatten als auf dem Papier: 1955, als man das Raumprogramm abermals auf 110 000 qm aufstockte, wurde erst einmal die Wiederaufbauphase abgeschlossen, nach der 53 000 qm zu Verfügung standen, etwa so viel, wie vor dem Krieg, allerdings für etwa doppelt so viele Studenten.

Nach Abschluß des Wiederaufbaus ging man in zwei Vierjahresplänen (1955-58, 1959-62) daran, die geplanten Neubauten zu verwirklichen. Die anvisierte Nutzfläche von 110 000 qm wurde aber erst 1967 erreicht. Wieder hatten indessen die Studentenzahlen alle Planungen weit überholt. Anfangs der sechziger Jahre war allerdings endgültig klar geworden, THD einmal mehr als 4000 Studen-

ten haben würde. Als Neubaugebiete für die Aussiedlung von Teilen der Hochschule standen das Lichtwiesengelände und ein Gelände an den Müllersteichen, südlich des Eisenbahndreiecks am Nordbahnhof, zur Debatte. Das zweite, wesentlich näher und verkehrstechnisch günstiger zum Kerngebiet liegende Gelände bot den Vorteil, daß man sich dort vor dem Vorkommen des Martinsviertels ausbreiten konnte, dem Kernbereich entgegen, der ja immer weiter ins Martinsviertel hineinwächst.

Es war allerdings etwas teurer, diesen besonderen Geschmack zu entwickeln: ein Gutachten sagte aus, daß Teile des Baugeländes sich nur mit einigen Mehrkosten in der von der Hochschule geforderten Geschosshöhe bebauen lassen würden. Dieser Sachverhalt gab den Anhängern der Hochschule im Grünen, die 1950 zu kurz gekommen waren, wieder Oberwasser. Nach langem Ringen vor und hinter den Kulissen — die Front ging mitten durch die Professoren — fiel 1963 die Entscheidung für den Campus auf der Nachtweide.

Das Baugutachten mußte dabei offensichtlich nur als Vorwand dienen, denn etwa um die gleiche Zeit schickte Nordrhein-Westfalen sich an, mitten im Bergschädengebiet von Bochum-Querenburg eine zehnstöckige Ruhr-Universität aus dem Boden zu stampfen.

Und so werden seit 1967 die Aubaupläne der Hochschule auf der Lichtwiese in Beton gegossen, die Hochschule ist endgültig auseinan-

Großhörsäle für das Gruppenstudium

Die Planung orientiert sich an der Hochschule von gestern

Jede Konzeption neuer Gebäude und Räume geht von dem zur Zeit bestehenden Bedarf aus. Wieweit eine Zunahme der Studentenzahlen mitberücksichtigt wird, ist unklar, zumindest was die Berechnungsgrundlage dieser Zahlen anbetrifft.

Bestes Beispiel: Biologie. Die Biologen bezogen 1966 ihre neuen Gebäude, die für eine jährliche Aufnahmekapazität von 30 Studenten geplant waren. Inzwischen sind dort 190 Studenten zuviel immatrikuliert, und es herrschen entsprechende Zustände. Die Nachfrage ist mittlerweile auf das Vierfache der Aufnahmekapazität angestiegen. Ob-

den ab, sondern auch insbesondere von den Veranstaltungstypen, die dort stattfinden sollen, also von der Konzeption der Lehrformen. Die gegenwärtig in der Planung berücksichtigten Typen rekrutieren sich dabei aus Massenvorlesungen (Säle mit 500 Plätzen), Vorlesungen (80-150 Plätze), Seminaren, Praktika. Während nun eifrig auf dieser Grundlage geplant bzw. schon gebaut wird, steht die Grundlage selbst schon längst in Frage. Der zaghafte und erfolglose Protest einzelner Hochschullehrer gegen die Massenvorlesungen (nicht mehr als 120 Hörer!) hat sich in den Hochschulen auf breiterer Basis lautstark und offenbar erfolgversprechender breitgemacht.

Mittlerweile wird die herkömmliche Vorlesung in Frage gestellt, denn seit der Erfindung der Buchdruckerkunst kann ihre Funktion der Stoff- und Wissensvermittlung von Büchern wahrgenommen werden. Damit verlagert sich der Schwerpunkt der Lehre auf die Betreuung der Studenten während deren aktiver Auseinandersetzung mit dem Stoff, dem Lösen von Aufgaben und Problemen. „Gruppenstudium“ ist das Schlagwort.

Während hier eine Entwicklung im Gange ist, werden die Praktika im wesentlichen unverändert beibehalten. Immerhin sind Ansätze vorhanden, Aufbau und Form der Praktika zu ändern, und solche Bestrebungen werden sich vermutlich auch auf ihren Stellenwert und damit ihre zeitliche Ausdehnung im Studium erweitern. Dadurch wird dann freilich der Bedarf an Praktikumsräumen beeinflusst, so daß im Extremfall diese Räume leerstehen oder aber nur ein Bruchteil der benötigten Räume zur Verfügung steht.

Die Diskrepanz zwischen der der Bauplanung zugrunde liegenden Bedarfsberechnung und dem tatsächlichen Bedarf aufgrund solcher Ent-

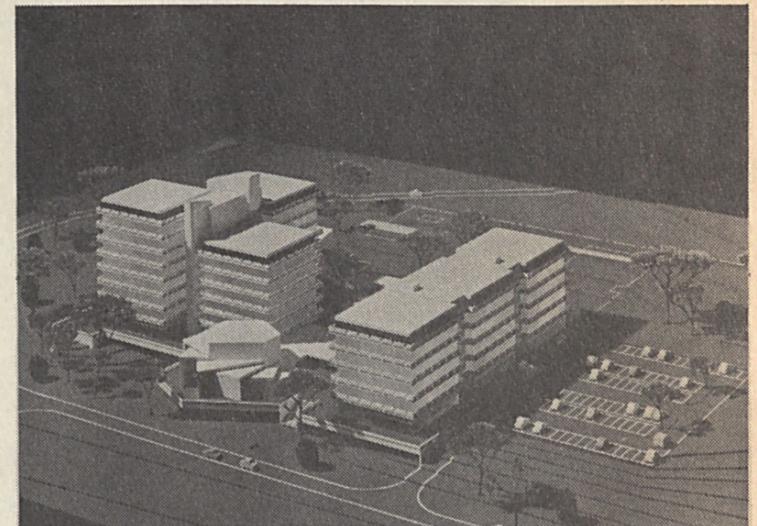
wicklungen läßt sich am „Gruppenstudium“ und seiner Entwicklung deutlich erkennen.

Die Übungen der Massenvorlesungen fanden zunächst geschlossenen im gleichen großen Saal statt wie die Vorlesungen, d. h. im Schnitt betrug die Belastung dieses Saales pro Veranstaltung 6 Stunden/Woche. Diese Belastung wurde um 2 auf 4 Stunden verringert, als die „Gruppenübungen“ eingeführt wurden; dafür wurden nun sehr viele kleinere Säle für bis zu 40 Hörer benötigt. Diese Säle waren natürlich nicht in ausreichender Zahl vorhanden, die Gruppenübungen fanden in den umliegenden Schulen statt. Inzwischen gehen die Bestrebungen weiter; es werden Vorlesungen mit dem Verhältnis 2 Vorlesungsstunden zu 4 Übungsstunden ins Auge gefaßt, was eine weitere Entlastung der großen Hörsäle um 2 Stunden bedeuten würde. Der nächste Schritt ist die Beschränkung der Hörerzahl auf maximal 50 und damit das völlige Abkommen von großen Hörsälen. Die Tendenz ist also deutlich: große Hörsäle werden überflüssig, der Bedarf an kleinen, möglichst in der Größe veränderlichen Räumen steigt enorm.

Was aber geschieht? Immer noch werden Hörsäle geplant und gebaut, die für 500-600 Hörer konzipiert sind (der Bund unterstützt umsichtigerweise nur solche Projekte für weniger als 700 Hörer). Es wird ein enormer technischer Aufwand getrieben, wo mit einfachsten Mitteln kleine Räume befriedigend ausgestattet werden könnten, es wird mit der Form von Amphitheatern der Raum auf eine Funktion, die Massenvorlesung, fixiert, wo mehrere umstrukturierte Räume mit variablen Wänden als Vorlesungs-, Arbeits-, Sitzungs-, Aufenthalts- und Büro- und Praktikumsräumen verfügbar wären.

Gerade hierdurch könnte einiges gutgemacht werden, was bisher mangels hinreichender Bedarfsfeststellungen in allen Bereichen und Gruppen der Hochschulen versäumt wurde.

So könnten die oft vergessenen Aufenthaltsräume für das nichtwissenschaftliche Personal auch nachträglich in hinreichender Größe bereitgestellt werden. Die Fakultäten sollten eigene Räume für die Sitzungen ihrer Gremien erhalten, und nicht zuletzt können mehr Arbeitsräume für Studenten zur Verfügung stehen.



Darmstädter System (Chemie)

daß der Kernbereich der Stadt nicht genügend Erweiterungsmöglichkeiten für die Hochschule bot.

Schon zehn Jahre vorher, 1950, war einmal eine vollständige Verlegung der Hochschule an den Stadtrand diskutiert und vom Senat abgelehnt worden. Die Gelegenheit wäre damals günstig gewesen, denn es waren noch nicht viele Gebäude wieder aufgebaut. Damals schien aber niemand damit zu rechnen, daß die

dergerissen, denn an ein Aufgeben des Kernbereichs ist beim heutigen Stadium des Ausbaus nicht mehr zu denken, die THD ist zur Hälfte Campus, zur Hälfte integriert. Und wieder läuft man der Zeit hinterher: wenn sich in etwa zehn Jahren die Nutzfläche der Hochschule gegenüber dem Vorkriegsbestand etwa vervierfacht hat, wird die Studentenzahl auf mindestens das fünf- bis sechsfache angewachsen sein.

Pipe Tobacco with Calvados

Chee Tah

Racy and mellow

4.-

wohl Berechnungen der zu erwartenden Abiturientenzahlen vorlagen, hat man sich entweder nicht danach gerichtet, oder diese Berechnungen waren falsch, da die Mobilisierung der sogenannten Bildungsreserven nicht berücksichtigt worden war, oder man hat sich nicht um Entwicklungstendenzen dieser Fachrichtung in Darmstadt gekümmert.

Die Konzeption der Raumaufteilung, -größe und -gestaltung hängt aber nicht nur von der Anzahl der Stu-

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint dreimal vierteljährlich. Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts, 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Tel. 16 25 17.

Verantwortlich: W. Straub.

Verkaufspreis: DM 0,40, Hochschulangehörige DM 0,10; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00, (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Studenten sollten auch irgendwo wohnen

In Darmstadt werden im Herbst 1500 Studenten keine Unterkunft finden

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und die Länder haben Sofortprogramme zum Ausbau der Universitäten kreiert. Der Numerus clausus soll abgeschafft werden, heißt es. Diese geplanten Sofortmaßnahmen waren weniger aus der Erkenntnis entsprungen, daß es kein akzeptables Auswahlssystem gibt, sondern vielmehr aus der Tatsache, daß der von der Industrie geforderten Bedarf an Akademikern und der Bedarf

an Lehrern von den Hochschulen nicht mehr gedeckt werden konnte. Dementsprechend werden nur Bauten unterstützt, in denen Hochschulabsolventen produziert werden können. Wohnheime werden nicht errichtet. Studenten haben nur zu lernen: nicht einmal die primitivsten Bedürfnisse wie Wohnen und Essen werden berücksichtigt.

Über Studentenbuden

Nach dem Kriege wurden in aller Eile Hochschulgebäude wieder aufgebaut, um wenigstens den Vorlesungsbetrieb zu gewährleisten. Studenten gab es damals noch nicht viele, für die waren in alt gewohnter Art Buden und Wirtinnen da. Daß die Buden meistens viel zu klein, ohne genügend Tageslicht, ohne Wasser usw. waren, hatte keine Bedeutung, denn es war ja kurz nach dem Krieg. Die Zahl der Studenten hat sich inzwischen vervielfacht, die Zahl der Buden ist durch die Sanierung von Altbauvierteln zurückgegangen. Der Charakter der Buden hat sich nicht geändert. Dafür haben sich die Mieten geändert: man verlangt bei unmenschlichen Wohnbedingungen astronomische Preise, und die Studenten müssen bezahlen, denn das Angebot ist klein, das wissen auch die Vermieter. Eine Anzeige in einer Heidelberger Tageszeitung: Separate Studentenbude, möbliert mit fließend Wasser, Nähe Zentrum, 60,- DM zusätzlich Nebenkosten. Hört sich ganz gut an, bewohnbar war diese „Bude“ allerdings nicht: sie entpuppte sich als 4 qm große Toilette im Treppenhause (separat), allerdings mit Stuhl (möbliert) und Wasserhahn.

Der Düsseldorfer Wohnheimplan

Der *Düsseldorfer Wohnheimplan*, ausgearbeitet vom Kuratorium des Deutschen Studentenwerks unter maßgeblicher Mitwirkung der Kultusminister, sieht vor, daß 30% aller

Möglichkeiten eines Bahnhofswartesaals. Durch den Aufnahmestop für das Wintersemester 1969/70 hat sich der Wohnungsmarkt wieder etwas normalisiert, d. h. Darmstadts Kapazität ist zur Zeit voll ausgelastet. Wenn allerdings im Herbst 1970 der Aufnahmestop aufgehoben wird, werden nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 2000 Studenten mehr an der THD studieren: Von dieser Zahl kann bei den bestehenden Verhältnissen nicht einmal ein Viertel zum Teil durch das gemeinschaftliche Mieten von Altbauwohnungen, zum Teil in Jugendherbergen und Pensionen bei indiskutablen Studienbedingungen untergebracht werden.

Das Land Hessen hat im Frühjahr 1969 auf das Memorandum zur katastrophalen Wohnraumsituation in Darmstadt, auf die Appelle des Studentenwerks, des Senats und des Verwaltungsrates, Sofortmaßnahmen

zu ergreifen, nicht reagiert. Sollte das Land jetzt, nach einem nochmaligen Vorschlag des Verwaltungsrates, Mittel zum Bau von Studentenwohnheimen zur Verfügung stellen, dann werden die Unterkünfte nicht mehr rechtzeitig fertig.

Es ist also jetzt schon vorzusagen, daß im Wintersemester 1970/71 mindestens 1500 Studenten auf Parkbänken und Bäumen bei Minustemperaturen übernachten müssen. Darmstadt wird daher damit rechnen können, daß die städtischen Hotels und Pensionen sozialisiert werden.

Eine Universität hat man eben mit neuen Hörsälen nicht erweitert, wenn man dabei „vergißt“, daß die Studenten irgendwo wohnen müssen, wenn die Menschen der letzte Abschnitt eines neuen Hochschulkomplexes sind, wenn auf andere soziale Einrichtungen wie Kindergärten schon in der Planung verzichtet wird.

Institutions - Labyrinth

Planung, wie sie nicht sein sollte

Planung und Ausführung des Hochschulausbaus haben drei grundsätzliche Mängel, die unter anderem daran schuld sind, daß der Hochschulausbau nur sehr zögernd und konzeptionslos geschieht:

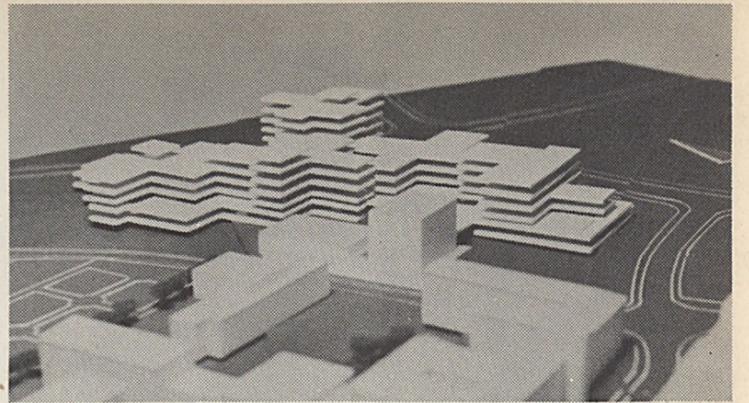
- Die Verwaltungsverfahren, die bis zur Genehmigung des Bauvorhabens abgewickelt werden müssen, sind zeitraubend, unübersichtlich und ideentöte.
- Es wird erst geplant, wenn der Platz zu eng wird und die Studenten vor der Tür stehen. Darüber hinaus zeichnet sich die Planung durch eine erschreckende Konzeptionslosigkeit bezüglich Größe, Schwerpunkt in Lehre und Forschung und Standort der Hochschule aus.
- Das fehlende Geld, das den zügigen und durchdachten Ausbau der Hochschulen verhindert, sollte nicht vergessen werden, obwohl mit dem Hochschulbauförderungsgesetz (der Bund wird verpflichtet, 50% der Bausumme

befragt sich der Senat mit der Angelegenheit. Er sollte überprüfen, ob die Bauabsicht den Lehr- und Forschungsvorhaben der Hochschule entspricht. Da Planungen dazu nicht existieren, muß in der Regel eine ad-hoc-Entscheidung getroffen werden.

Anschließend beginnt erst die eigentliche Rangelerei, denn in der Planungskommission (Beratungsgremium für den Verwaltungsrat) und im Verwaltungsrat wird festgestellt, daß ein Bau entstehen soll, der wahrhaftig großzügig in den Ausdehnungen ist und in keinem Verhältnis zu den vorhandenen finanziellen Mitteln steht.

Außerdem meint die Stadt, daß die konzipierten Gebäude nicht in das Stadtbild passen.

Nachdem diese Schwierigkeiten auf dem Weg geräumt sind, kann die zügige Bauplanung und Bauausführung beginnen - sollte man meinen. Aber jetzt fängt es erst richtig an, denn die Pläne und Akten werden auf eine ausgedehnte Reise ge-



Mehrzweckgebäude ab WS 71

Noch in diesem Jahr soll auf dem Parkplatz an der Arheilger Straße mit dem Bau eines Mehrzweckverfügungsgebäudes von insgesamt 6000 m² Nutzfläche begonnen werden, um die ärgste Raumnot im Kernbereich der Hochschule zu beseitigen. Im Nachtragshaushalt 1970 sind bereits 2 Mio DM, rund ein Drittel der Bausumme, für dieses Bauvorhaben vorgesehen. In diesem kurzfristig geplanten Gebäude sollen zunächst Arbeitsplätze für die Fakultät Mathematik/Physik geschaffen werden. Dadurch freiwerdende Räu-

me im Hauptgebäude sollen den Fakultäten MB (Zeichensäle) und KuS zur Verfügung gestellt werden. Der Neubau, der bis zum WS 1971 fertiggestellt sein kann, soll so lange mit wechselnder Belegung als Verfügungsgebäude genutzt werden, bis er von der Physik, in deren Erweiterungsgebiet er liegt, als Institutsgebäude benötigt wird. Dann erst soll auch das Erdgeschoß mit Labors und Werkstätten ausgebaut werden. Der Bau ist so geplant, daß er später noch um bis zu 19.000 m² erweitert werden kann.

Ist die Akte endlich durchs Ziel, kann die lang ersehnte Grundsteinlegung erfolgen. In weiteren Jahren wird das Gebäude erstellt, wenn nicht der Öffentlichen Hand gerade das Geld ausgegangen ist oder sonst eine unvorhergesehene Schwierigkeit auftritt.

Davon, daß sich inzwischen unter Umständen die Konzeptionen in Lehre, Forschung und Studium geändert haben und die Hochschule jetzt an sich ganz anders erweitert werden müßte, redet man nicht mehr, denn sie sind froh, daß endlich begonnen werden kann.

Zur Entschuldigung der Beteiligten muß jedoch erwähnt werden, daß Fragen der Konzeption an sich nie eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Dieser entscheidende Mangel beim Hochschulausbau, die Konzeptionslosigkeit, kann in Darmstadt an verschiedenen Beispielen gezeigt werden.

Die Entscheidung für den Ausbau der Hochschule über die Vorkriegskapazitäten hinaus wurde Ende der fünfziger Jahre getroffen, als der im Krieg zerstörte Kernbereich der Stadt für die Hochschule nicht mehr zur Verfügung stand, da alles wieder aufgebaut war. Die damals beschlossene Grundstückserweiterungen hätten in der Nachkriegszeit wesentlich schneller erfolgen können.

Über die anzustrebende Größe der Hochschule herrschen die verschiedensten Ansichten. Der Wissenschaftsrat spricht in seinen Empfehlungen von 5500 bis 6000 Studenten. Nach Ausbau des Neubaugeländes an der Nachtweide sind es heute schon 6700 Studenten. Die Hochschule baut zwar weiter, aber welche Größe eigentlich anzustreben ist, bleibt ungeklärt. Heute spricht man offen von 8000 Studenten und unter der Hand von 10 000 bis 12 000 Studienplätzen. Die Hochschule er-

klärt auch nicht, daß in absehbarer Zeit die größtmögliche für eine Universität vertretbare Größe erreicht ist und daß das Land sich Gedanken über die unverzügliche Gründung einer neuen Universität an einem anderen Ort in Hessen machen müßte. Die für eine Kapazitätsberechnung der Hochschule erforderliche völlige Offenlegung der wirklichen Belastungen der Professoren und Assistenten wird verhindert, da einige Ordinarien und ihre Verbündeten in der Wirtschaft kein Interesse daran haben, sich ihre Karten aufdecken zu lassen; denn dann müßten sie befürchten, daß ihr nichtkontrollierter Einfluß geringer wird.

An welchen Schwerpunkten in Forschung und Lehre festgehalten werden muß und welche besonders gefördert werden sollen, wird nicht durch eine Gesamtkonzeption entschieden, sondern durch augenblickliche Erfordernisse und Vorstellungen von engagierten Personen.

Neue Lehrformen können nur unter schwierigen Bedingungen entwickelt werden, da der Bau von großen Hörsaalgebäuden nicht aufhört. Dem sozialpolitischen Bereich wurde in der Vergangenheit bei der Kapazitätsausweitung nicht die notwendige Beachtung geschenkt. Der Studentenwohnheimbau und der Mensaausbau hinken hinter den Bedarf her. Wohnungen für Studentenehepaare und Kinderkrippen werden glatt vergessen.

Über bildungspolitische Vorstellungen, die in die Zukunft weisen, macht man sich keine Gedanken an der Hochschule. Konzeptionen für die Gesamthochschule Darmstadt werden nicht entwickelt; denn sie erfordern ein radikales Umdenken bei denen, die weiter am Ideal einer Elitehochschule festhalten. Aktivitäten werden nur im negativen Sinn entwickelt. Die Kräfte, die den Elfenbeinturm erhalten wollen, mobilisieren sich.

RICHTIGSTELLUNG

Das letzte Heft der darmstädter Studentenzeitung enthält eine mich betreffende falsche Darstellung, die ich im nächsten Heft wie folgt richtigzustellen bitte:

„Die darmstädter studentenzeitung berichtet über die abendlichen Aktionen am 16. 1. 1970 u. a. folgendes: „KuSt-Dekan Eysferth ... alarmierte unter der Parole ... jetzt sei Selbsthilfe den Studenten gegenüber angebracht, die Zuhörer des Mondgestein-Vortrags.“ Diese Darstellung ist falsch. Während des gesamten Abends beschränkte sich mein Kontakt mit Studenten und weiteren Gruppen auf diejenigen, die ohnehin während der Ak-

tionen anwesend waren. Ich hielt ein Hinzuweisen weiterer Hochschulangehöriger nicht für richtig, und ich habe weder durch Handlungen noch durch Ratschläge eine Ausweitung des Konfliktes begünstigt. Während der Rempelen im MPh-Dekanat hielt ich mich im Chemie-Dekanat auf.“

Ich bekenne mich zur Abwiegelei, die ich z. B. durch Diskussionen betrieb. Aufwiegelei möchte ich mir nicht vorwerfen lassen. Ich muß Sie daher um eine ungekürzte und kommentarlose Veröffentlichung meiner Gegendarstellung bitten.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Eysferth

REISEBÜRO DARMSTADT
SULZMANN + MÜLLER
Luisenplatz 1
Telefon: 7 03 21 u. 7 72 82
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 - TEL. 0 62 51 / 2291

Studenten in Wohnheimen untergebracht werden können: doch grau ist alle Theorie, in Darmstadt können zum Beispiel nur 10% der Studierenden in staatlichen Heimen wohnen. Das rührt zum Teil daher, daß 1966 für den Wohnheimplan eine neue Finanzstruktur beschlossen wurde: 5 Gremien wurden finanziell und 3 beratend am Bau von Wohnheimen beteiligt. Seit 1966 wurde dann auch kein staatliches Wohnheim mehr gebaut. Die 8 verantwortlichen Stellen hatten mit den Bau- und Finanzierungsplänen solange Schwarzer Peter gespielt, bis jede zumindest einen schwarzen Strich hatte, dann wurde man des Spielens müde und legte die Karten, sprich die Projekte, in die Schublade.

Wohnraumsituation in Darmstadt

Zu Beginn des Wintersemesters 1968 hatten sich ungefähr 2000 Studenten an der THD neu eingeschrieben. Die Wohnkapazität in Darmstadt und direkter Umgebung war vollkommen erschöpft. Eine große Zahl von Studenten, die genaue Zahl ließ sich leider nicht feststellen, fand noch Monate nach Vorlesungsbeginn nur in Jugendherbergen, karitativen Heimen und Pensionen Unterkunft. Die monatlichen Mieten für Hotel- und Pensionszimmer kann man sich größenordnungsmäßig etwa vorstellen. Die Arbeitsbedingungen in Jugendherbergen und ähnlichen Heimen entsprechen den

beizusteuern) eine bessere Baufinanzierung in Aussicht steht.

Wie wird geplant?

Angenommen, in einem Bereich der Hochschule reicht die Kapazität nicht mehr aus, um die angewachsenen Studentenzahlen auszubilden; oder ein Ordinarius meint, daß sein wissenschaftlicher Ruhm nur durch eine aufwendige Forschung, die viel Raum beansprucht, gesteigert werden könne.

Da auch heute noch die „Sachkompetenz“ bei den Institutsdirektoren und Lehrstuhlinhabern liegt, trägt der betroffene Ordinarius die Vorstellungen über die geplante Erweiterung in der Fakultät vor. In der Fakultät kann eine Entscheidung sehr lange verzögert werden, wenn Kollegen des Antragstellers meinen, daß sie eigentlich mit dem Ausbau an der Reihe sind. Kurz, sie konspirieren gegen die Bauabsichten. Nachdem die Fakultät überzeugt ist,

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstraße 19
Am Kraftwerk der TH

Dipl.-Wirtsch.-Ing. RUDOLF WELLNITZ

